



Acción Católica Obrera

C/ Rivadeneyra, núm 6, 8º

08002 Barcelona

Teléfono: 00 34 93 412 48 88 ,

C.e. acocat@arrakis.es

Unterstützung des Generalstreiks GEGEN DIE MASSNAHMEN DER SPANISCHEN REGIERUNG

Gegen die Kürzungen im sozialem Bereich und die Arbeitsreform. Für den Wiederaufbau des sozialen Dialogs. Die unterzeichnenden Körperschaften, welche der organisierten Zivilgesellschaft angehören, unterstützen den Generalstreik vom 29. September.

Die Erwiderng der Spanischen Regierung auf die Wirtschaftskrise und die Arbeitsreform, unter Befolgung der Weisungen der sich im Dienste des Kapitals und der Großunternehmen befindenden internationalen Organisationen, ist das Symptom einer umfangreicheren Krise kultureller, ökologischer und politischer Natur. Zugleich zielt sie darauf ab, den Regierungen die Autorität und Regulierungskapazität abzusprechen und das Alltagsleben den Kodizen des unverantwortlichen Konsums, Individualismus, der Ungleichheit und des Verzichts auf Solidarität zu unterwerfen.

Die Reformen, die man uns aufbürden möchte, dienen nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern werden zu einem Anstieg der befristeten Verträge führen, einer Erleichterung sowie Verbilligung von Kündigungen, Stärkung der Macht der Unternehmer zur einseitigen Festlegung der Arbeitsbedingungen, einer Schwächung der Kollektivverhandlungen und Verschärfung der Prekarisierung. Sie stellen weiterhin einen Rückgang des Wohlfahrtsstaats sowie eine Reduzierung und Privatisierung der öffentlichen Dienste dar. Außerdem erhöhen diese Maßnahmen das Risiko der sozialen Ausgrenzung einiger Sektoren unserer Gesellschaft, und, als in der Gesellschaft engagierte Körperschaften wollen wir, dass die Rechte der schutzbedürftigen Personen nicht in Vergessenheit geraten.

Bei solchen Maßnahmen mag der Anschein erweckt werden, dass die Regierungen nicht imstande sind ihre BürgerInnen noch deren Interessen zu vertreten, weil sie den stählernen Gesetze der Finanzmärkte unterworfen sind. Aber dem ist nicht so. Die Regierungen können uns beschützen, sie haben die Verpflichtung uns vor dem Angriff der Spekulanten zu schützen, und wir unsererseits können die Verschlechterung unserer Arbeits-, Ausbildungs- und

Lebensbedingungen, die auch einen Anstieg der sozialen Ungleichheiten und Chancenungleichheiten zwischen beiden Geschlechtern mit sich bringen würde, nicht als unvermeidliche Tatsache hinnehmen, da dies den Verzicht auf das Bürgerecht, die Politik sowie auf das, was der Demokratie einen tatsächlichen Sinn verleiht bedeuten würde.

Deshalb geht der Streik vom 29. September uns alle, die gemeinnützigen Einrichtungen sowie die Gewerkschaftsbewegung etwas an:

- Es ist ein Aufruf aller Bürger und Bürgerinnen, die dazu bereit sind, sich einem von den Händlern regierten Europa zu widersetzen, einem Europa ohne Raum für die Politik und für die redistributive Funktion des Vermögens des Staates.
- Es ist ein Alarmzeichen an diejenigen Personen, die nicht bereit sind, der Verkürzung der bürgerlichen Werte, der Sozial- und Arbeitsrechte, der Privatisierung der öffentlichen Dienste (Gesundheit, Erziehung, usw.) sowie der Schädigung der Umwelt und des Klimas tatenlos zuzusehen. Es geht darum, unsere Stimme gegen die Spekulanten und ihre Helfershelfer hören zu lassen.
- Es geht darum, unsere Stimme gegen diejenigen zu erheben, die danach trachten, sich unseres Schweigens zu bedienen, um uns für die Krise büßen zu lassen, die die Prekarisierung (bzw. jederzeitige Kündbarkeit und die Unsicherheit des Arbeitsmarktes) verallgemeinern möchten und die Vergeudung der Ressourcen und ihre schmutzigen und spekulativen Geschäfte zu rechtfertigen wünschen.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo das spanische und europäische Bürgertum sich zu Vorkämpfern machen müssen und ihre Zurückweisung der Ursachen sowie der nachkrislichen Verwaltung klarstellen müssen. Wir sollten uns in Erinnerung bringen, dass das Europa der Völker von der sozialen Dimension aus und nicht von der wirtschaftlichen aus aufgebaut werden und die Förderung der Werte der Chancengleichheit für alle BürgerInnen sowie die Solidarität gefördert werden sollte. Die gewählten demokratischen Regierenden sollten diesen Völkern gegenüber Rechenschaft ablegen und nicht gegenüber dem Internationalen Währungsfonds.

Daher ist der Streik vom 29. September ein dringendes Muss demokratischen Ausdrucks innerhalb der Reichweite des Bürgertums. Aus diesem Grunde auch, bringen wir in unserer Eigenschaft als bürgerliche Körperschaften, als BürgerInnen und ArbeiterInnen unseres Landes, unsere Unterstützung und unseren Anschluss an den von der Gewerkschaftsbewegung gemachten Aufruf vom 29. SEPTEMBER zum Ausdruck.

